Nr. 265 XXVIII. Jahrgang — Donnerstag, 28. Oktober 1920

Dresdner Neueste Nachrichten

Unabhängige Tageszeitung
mit Handels- und Industrie-Zeitung

Anzeigenpreise: Grundzeile, 22 mm breit, M. 2.–, für das Ausland M. 10.–. Reklamezeile, 81 mm breit, M. 6.–, mit Platzvorschrift M. 7.–, für das Ausland M. 30.–. Bei Listen- oder Kontrakt 10 v. H. Preiserhöhung. Briefgebühr für Nachfragenanzeigen 40 Pf. Preisermäßigung laut Tarif. Für Einschaltung an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Gewähr übernommen.

Bezugspreise: Bei freier Zustellung ins Haus durch Boten monatlich M. 5.75, vierteljährlich M. 17.25. Postbezug in Deutschland: Monatlich M. 5.25 ohne Zustellgebühr. Postbezug im Ausland laut Eintragung in den Postlisten. Kreuzbandsendungen im Inlande wöchentlich M. 2.70, nach dem Auslande wöchentlich M. 4.50. Einzelnummer 30 Pf.

Redaktion, Verlag und Hauptgeschäftsstelle Dresden-A., Ferdinandstraße 4. • Fernsprechnummern: 13528, 13638, 13897 und 17109. • Postscheckkonto: Leipzig Nr. 2060

Nichtverlangte Einsendungen (ohne Rückporto) werden weder zurückgesandt noch aufbewahrt. – Im Falle höherer Gewalt, Betriebsstörung oder Streiks haben unsre Bezieher keinen Anspruch auf Nachlieferung oder Erstattung des entsprechenden Entgelts

Ein neuer Meinungsstreit

Die englische Regierung hat durch ihren Botschafter in Berlin der deutschen Regierung mitteilen lassen, daß sie für den Fall einer vorsätzlichen Nichterfüllung der deutschen Verpflichtungen des Friedensvertrages nicht beabsichtige, von dem ihr zustehenden Rechte zur Beschlagnahme des Eigentums deutscher Staatsangehöriger in Großbritannien Gebrauch zu machen. Weiter wird mitgeteilt, daß dieser Verzicht sich auf in Großbritannien oder in britischer Gewalt befindliches deutsches Eigentum sich beziehe, ob dieses nun in Bankguthaben, oder in auf britischen Schiffen befindlichen Waren, oder in nach Großbritannien zum Verkauf gesandten Waren bestehe.

Es war von vornherein klar, daß die französische Regierung sich durch dieses englische Entgegenkommen wieder persönlich getroffen fühlen würde. Wir erfahren dazu durch Drahtbericht unsres Pariser Korrespondenten:

Paris, 27. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Der englische Verzicht auf die Beschlagnahme der deutschen Guthaben ist am 21. Oktober der französischen Regierung in Paris offiziell bestätigt worden. In der betreffenden Note der englischen Regierung an das französische Außenministerium wird dieser Verzicht u. a. damit begründet, daß derselbe für die volle Wiederaufnahme der Beziehungen zwischen England und Deutschland wesentlich sei, da die deutschen Exporteure sonst keine Gewähr für ihre Waren haben könnten. Das „Echo de Paris" hebt dazu vor allem hervor, daß die englische Regierung hiervon zuerst die Berliner Regierung und dann die Pariser in Kenntnis gesetzt habe. Das Blatt glaubt zu wissen, daß die französische Regierung entschlossen sei, gegenüber solche Haltung des Londoner Außenministeriums zu protestieren. Es sei sogar erforderlich, daß sich die Botschafterkonferenz mit der Angelegenheit befasse. „Homme libre" schreibt: „England kann ja alles tun, was ihm gutdünkt. Es sollten aber endlich unsere Diplomaten Lloyd George gegenüber gewisse Worte zur Verfügung stehen, die man diesem Manne schuldig ist, der keine Freundschaft gezeigt hat an dem Tage, da er es für nötig hielt, uns fühlen zu lassen, daß ihm unsre Anwesenheit in Frankfurt nicht paßt." Der „Rappel" kann trotz der jetzt vorliegenden amtlichen Bestätigung die Tatsache immer noch nicht fassen. „Es wäre", meint er, „mehr als eine Handlung gegen den gesunden Menschenverstand. Es wäre geradezu ein Attentat auf das geheiligte Recht Frankreichs. Wenn sich die Mitteilungen bewahrheiten sollten, so darf unsre Regierung nicht zögern, dem Parlament und der Nation die volle Wahrheit zu sagen. Unsre Sache ist gerecht."

Da hätten wir also eine Neuauflage des englisch-französischen Meinungsstreites über die Behandlung Deutschlands. Ob die französischen Machthaber nicht bald einsehen lernen, daß auch sie nur auf dem Wege der Verständigung weiterkommen?

Deutschland und der Völkerbund

New-York, 27. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach einem Pariser Bericht der „New-Yorker Tribune" werden die Verbündeten bei der im Dezember stattfindenden Konferenz des Obersten Rates wahrscheinlich von Deutschland Sicherheiten fordern, wie Verpfändung der Zoll- und Steuereinkünfte und der Eisenbahnen, gegebenenfalls eine Besetzung weiteren deutschen Gebietes eintreten müsse. Dann werde Frankreich bereit sein, der Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund zuzustimmen.

Aufenthaltsbeschränkung für Deutsche im Rheinland

Ludwigshafen, 27. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Nach einer Verfügung des Kommandanten der Rheinarmee darf sich im französisch besetzten Gebiet wegen der Wohnungsnot und den Lebensmittelschwierigkeiten keine deutsche Person in einer Garnisonstadt, wo sie nicht ihren ständigen Wohnsitz hat, ohne vorherige Erlaubnis des Platzkommandanten länger als 20 Tage aufhalten oder niederlassen.

Neue polnische Uebergriffe

Berlin, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Da sich die polnischen Behörden im Netzedistrikt immer erneute Uebergriffe erlauben, so wurden die seit Ausbruch der Revolution die dort internierten 200 deutschen Frachtschiffe von den Polen enteignet und zu Kriegszwecken benutzt. Daraufhin wurde von der deutschen Regierung eine Kommission nach Bromberg gesandt, um mit den Polen über die Freigabe der Netze zum Abtransport der Schiffe in deutsche Gewässer zu verhandeln. Während der Verhandlungen wurden auf Veranlassung der Warschauer Regierung 10 deutsche Fahrzeuge, die noch in Graudenz lagen, noch dazu beschlagnahmt. Als Gegenmaßnahme hat die deutsche Regierung bestimmt, daß die für Polen in Stettin eingelaufenen Transporte Superphosphat aus Schweden in Stettin angehalten werden. Die Zivilbehörden haben wegen des dringenden Bedarfs Polens an Superphosphat erklärt, alles tun zu wollen, um bei den militärischen Stellen eine Aufhebung der Schiffsrequisition zu erreichen. Dagegen zeigen sich die Polen nach wie vor nicht geneigt, die Netzesperre aufzuheben, so daß eine Freigabe der Schiffe illusorisch sein würde.

Der Krieg in Rußland

Den amtlichen ukrainischen Heeresberichten zufolge hat die ukrainische Gegenoffensive ansehnliche Erfolge in östlicher und südöstlicher Richtung gezeitigt. Dünawärts haben die ukrainischen Nationaltruppen bei Winnitza und Cholmwik die bolschewistische Front durchbrochen, die Eisenbahnlinie Schmerinka—Kiew überschritten und sind gegen Berditschew tief in die feindliche Etappe eingedrungen. Südwärts wurde nach harten Kämpfen die feindliche Front bei Bar und Jaryczew durchbrochen. Hier zieht sich der Feind fluchtartig auf dem ganzen Abschnitt zwischen Schmerinka und Mogilew in Richtung Wapnjarka zurück.

Trotzki wird darum wieder kleinlauter. So äußerte er sich neuerdings pessimistischer über die Kriegslage als noch vor Wochen:

O. E. Helsingfors, 27. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) In der „Roten Zeitung" meint Trotzki, daß Frankreich einen entscheidenden Schlag vorbereite, um den Frieden mit Polen zu stören. Frankreich habe mit Hilfe französischer Offiziere die Petljura-Armee reorganisiert. Ein langwieriger Kampf an der Küste des Schwarzen Meeres stehe bevor. Auch die „Rote Zeitung" vom 22. Oktober schreibt warnend, daß auf Schwierigkeiten an der Wrangelfront zu rechnen sei. Unter dem Drucke des Gegners haben die Roten Truppen in der Gegend von Cherson sich auf das rechte Dnjeprufer zurückziehen müssen. Selbst im besten Falle, wenn Wrangel gezwungen werde, sich auf die Landenge zurückzuziehen, wo starke Befestigungen von der Seeseite vorhanden sind, werde es nicht möglich sein, ihm etwas anzuhaben.

Trotzdem ist von der bolschewistischen Regierung beschlossen worden, noch möglichst eine sofortige Offensive gegen Wrangel zu ergreifen, weil Wrangels Vormarsch Frankreich sonst dazu ermuntern würde, noch mehr Hilfstruppen an die Weiße Front zu senden.

Die Besetzung von Wilna

Die Kämpfe zwischen Wilna und Kowno sind noch nicht zur Ruhe gekommen. Neuerdings wird wieder gemeldet:

Kopenhagen, 27. Oktober. „Berlingske Tidende" meldet aus Kowno: Polnische Infanterie- und Kavallerieabteilungen unternahmen am Sonntag nachmittag einen kräftigen Angriff gegen die litauischen Stellungen an der Eisenbahnlinie Lardwarewo—Druja. Nach fünfstündigem blutigen Kampfe wurden die Litauer gezwungen, sich zurückzuziehen.

Im übrigen besagt ein Telegramm der litauischen Telegraphenagentur, daß der polnisch-litauische Gefangenenaustausch begonnen habe. Die Gefangenen seien jedoch vollständig ausgeplündert. Flüchtlinge von jenseits der Front melden, daß die Soldaten Zeligowskis die Einwohner in grauenhafter Weise terrorisierten. Am meisten hätten die litauischen Geistlichen zu leiden, die fast sämtlich gefangengesetzt wurden. Einige von den Geistlichen seien auch erschossen worden. Ganze Dörfer wären niedergebrannt und die Bewohner in unmenschlicher Weise ausgeplündert worden.

Ein neues Baltikumabenteuer?

Seit Tagen laufen Meldungen aus dem Osten ein, daß die ostpreußische Grenze andauernd von Soldatentrupps überschritten wird, die sich in Litauen sofort unter ihren Führern zu geschlossenen Formationen sammeln. Die „Freiheit" will sogar wissen, daß Munition und Waffen waggonweise über die deutsche Grenze geschafft werden. Auf der litauischen Gesandtschaft in Berlin seien andauernd Empfänge von Reichswehrangehörigen und ehemaligen Baltikumern zu beobachten. Die Reichstreuhandgesellschaft habe bereits vor mehreren Wochen der litauischen Regierung durch eine Deckfirma 50 000 Gewehre zum Preise von 325 M. für das Stück angeboten. Das Geschäft hätte aber infolge der Finanzkalamität der litauischen Regierung nicht sofort abgeschlossen werden können.

Es ist einleuchtend, daß sich sofort die Entente mit diesen Vorgängen befaßt hat. So erfahren wir:

Genf, 27. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Havas meldet, daß nach den dem alliierten Rat vorliegenden zuverlässigen Berichten insgesamt 3800 Deutsche aus Ostpreußen in litauische Dienste übergetreten seien, zum Teil mit Waffen und Munition.

Die französischen Blätter melden bereits vor Tagen, daß die alliierte Kommission am 18. Oktober einen großen Transport von Soldaten und Munition, der von Ostpreußen nach Litauen geschickt wurde, angehalten und nach Deutschland zurückgesandt hätte. Hoffentlich erfahren wir bald und deutlich von der Regierung, was an diesen Berichten wahr ist und welche Gegenaktion die Regierung ins Werk gesetzt hat, um dieses neue Baltikumabenteuer und seine wohl wieder schwerwiegenden Folgen für Deutschland abzuwenden.

Von verantwortlicher Seite wurde inzwischen schon auf eine Anfrage mitgeteilt, daß die Reichswehr in keiner Weise an derartigen Vorkommnissen beteiligt sei.

Ultimatum der Entente an Ungarn

Wien, 27. Oktober. Nach Meldungen aus Budapest bestätigt es sich, daß die Note der Entente an die ungarische Regierung wegen Ratifizierung des Friedens bis zum 1. November den Charakter eines Ultimatums hat. In der Note wird ausgeführt, die ungarische Regierung habe sich außerstande gezeigt, die militärischen Kräfte des Landes in Einklang mit den Bestimmungen des Friedensvertrages zu bringen. Die Note erwähnt die Anhaltung französischer Kuriere in Bruck und fordert die unverzügliche Abrüstung der ungarischen Armee. — Die ungarische Regierung wird unter Berufung auf technische Schwierigkeiten um einen kurzen Aufschub der Frist über den 1. November hinaus nachsuchen.

Die Krise in Griechenland

Das griechische Kabinett hat eine Botschaft an das Volk gerichtet, in der mitgeteilt wird, daß Prinz Paul zur Thronbesteigung aufgefordert worden ist. Dennoch ist mit einer sofortigen Thronbesteigung kaum zu rechnen, da das zur Zeit aufgelöste Parlament bereits unverzüglich zur Wahl eines Regenten einberufen wurde. Die Wahl des Admirals Kunduriotis zum vorläufigen Regenten scheint gesichert. Die Wahlen zur Nationalversammlung werden um eine Woche vertagt.

Ueber den Tod des Königs Alexander wird neuerdings noch gemeldet:

Zürich, 27. Oktober. (Eigener Drahtbericht.) Der Mailänder „Corriere della Sera" meldet aus Athen indirekt über Korfu: Der Tod des Königs von Griechenland ist die Folge einer Verwundung bei einem Militärputsch im Palast. Die Unruhen im griechischen Heere stehen mit der Verwundung des Königs in ursächlichem Zusammenhang. Die Sektion des Königs ist bereits am Montag, ihr in aller Stille erfolgt.

In ähnlichem Sinne weiß der Mailänder „Secolo" aus Athen zu melden, daß der Tod des Königs Alexander bereits am Sonntag vormittag erfolgte. Die Bekanntgabe des Todes wurde aber verschoben, um zunächst die schwierige Thronfolgerfrage zu lösen und sich der Unterstützung des Heeres gegen eine Abwartschaft des Exkönigs Konstantin zu versichern. In Athen sollen Truppen von der kleinasiatischen Front eingetroffen sein, um die Ruhe zu sichern. Das Blatt will ebenfalls wissen, daß der Tod des Königs auf keine Vergiftung zurückzuführen ist. Der Belagerungszustand über Griechenland soll bis zu den am 7. November stattfindenden Kammerwahlen bestehen bleiben.

Die Neuordnung in Oesterreich

Von unserm id.-Mitarbeiter

Wien, 20. Oktober

Die neue Verfassung Oesterreichs hat das Zweikammersystem festgelegt. Die gesetzgebende Gewalt wird ausgeübt von dem durch allgemeine Volkswahlen gewählten Nationalrat und dem durch die Ländervertretungen bestellten Bundesrat. Beide zusammen bilden die Bundesversammlung. Diese wählt in geheimer Abstimmung den Bundespräsidenten auf vier Jahre. (Als Kandidaten werden genannt: Der gewesene Ministerpräsident und derzeitige Präsident des Obersten Rechnungshofes Dr. Max Wladimir Beck, der gewesene Eisenbahnminister Dr. Wittek und der gewesene Wiener Bürgermeister Dr. Weiskirchner, falls dieser nicht die erste Präsidentenstelle im Nationalrate anstreben sollte.)

Der Präsident der bisherigen Nationalversammlung, Seitz, der bis zur Konstituierung des neuen Parlaments die Geschäfte interimistisch weiterführt, hat den Hauptausschuß für den 20. Oktober und die erste Sitzung des neugewählten Nationalrats (Abgeordnetenhaus) für den 10. November einberufen. Zum Präsidenten des Nationalrates ist in erster Linie Dr. Richard Weiskirchner ausersehen. Er war nach dem Tode Luegers Bürgermeister von Wien, war auch schon einmal Präsident des alten Abgeordnetenhauses und eine Zeitlang auch Handelsminister. Jetzt ist er einer der obersten Führer der christlich-sozialen Partei und erfreut sich allgemeiner Wertschätzung, auch bei einem großen Teile der andern politischen Parteien. Für das Präsidium des Nationalrates ist als erster Vizepräsident der sozialdemokratische Abgeordnete Eldersch und als zweiter Vizepräsident der Obmann der großdeutschen Vereinigung, Dr. Dinghofer, in Aussicht genommen. Chef der neuen Regierung soll der derzeitige Leiter des Kabinettsrates, Dr. Mayr, werden, ein christlich-sozialer Abgeordneter, der besonders in Verfassungsfragen bisher gearbeitet hat; er dürfte auch vorläufig das Außenportefeuille behalten, das er jetzt, nach der Demission Renners, übernommen hat. Er wird nicht Staatskanzler, sondern wieder Ministerpräsident heißen und seine Kollegen im Ministerrate nicht „Volksbeauftragte" und nicht „Staatssekretäre", sondern nach altem Brauch „Minister".

Es ist noch nicht entschieden, ob ein rein parlamentarisches Kabinett oder ein mit Beamten gemischtes gebildet werden soll. Wahrscheinlich wird man sich für ein gemischtes Kabinett entscheiden. Von den bisherigen Staatssekretären dürfte der großdeutsche Vertrauensmann Dr. Roller das Justiz-, Dr. Pesta das Verkehrsfach behalten und, wie man meint, auch Dr. Reisch das Finanzfach, ebenso Breisky das Innenressort. Mit großem Interesse sieht man der Besetzung des Außenportefeuilles entgegen. Dabei muß man sofort auf den Namen Czernin verfallen, man glaubt aber nicht, daß er dermalen Chancen hat, da ihm die Bloßstellung des Exkaisers Karl von den Christlichsozialen verübelt wird. Es kommt entweder ein andrer günstiger Diplomat in Betracht oder der christlichsoziale Abgeordnete Gürtler, Universitätsprofessor in Graz, der auch Mitglied der Friedensdelegation in Paris war. Doch muß gesagt werden, daß bezüglich der Zusammensetzung des Kabinetts noch nichts feststeht.

Rücktritt Dr. Ludo Hartmanns

Berlin, 27. Oktober. Professor Dr. Ludo Hartmann, der österreichische Gesandte in Berlin, hat im Zusammenhang mit dem Rücktritt Dr. Renners als Staatssekretär für Aeußeres sein im August 1919 eingereichtes Rücktrittsgesuch erneuert.

Waffenbeschlagnahme in Innsbruck

Wien, 27. Oktober. (Eig. Drahtbericht.) Die „Arbeiter-Zeitung" meldet aus Innsbruck, daß gestern abend auf dem Hauptbahnhof von der Heeresverwaltungsstelle unter Beihilfe von Wehrmacht und Gendarmerie ein Eisenbahnwaggon beschlagnahmt wurde, der 70 große Kisten mit bayrischen Waffen, Munition und Uniformen enthielt. Die Eisenbahner hatten auf den Waggon aufmerksam gemacht. Das beschlagnahmte Kriegsmaterial wurde in das Waffendepot überführt. Die „Arbeiter-Zeitung" zweifelt nicht daran, daß die Waffen von der bayrischen Orgesch stammen und für die Tiroler Heimatwehr bestimmt waren.

Annahme der neuen sächsischen Verfassung

Der aus den Wirrnissen der Revolution heraus geborene sächsische Landtag des Jahres 1919 hat seine Existenzberechtigung über den Sommer 1920 hinaus damit begründet, daß er noch keine Zeit habe finden können, dem sächsischen Staate eine neue Verfassung zu geben. Inzwischen haben die Ausschüsse mit Eifer daran gearbeitet, ein gemeinsames Werk der Konzessionen auf mittlerer Grundlage zu schaffen, als die selbstverständlich nur die Reichsverfassung in Frage kommen konnte. Damit war von vornherein die große Richtlinie vorgezeichnet, von der unter keinen Umständen abgewichen werden konnte; und aus diesem Zwange heraus erklärt sich auch die erfreuliche Tatsache, daß der Meinungskampf der Parteien sich in verhältnismäßig ruhigen Bahnen bewegen und in der gestrigen Landtagssitzung schnell zum endgültigen Entscheid geführt werden konnte. So wurde die Vorlage einstimmig angenommen.

Die Bindung an den „Geist von Weimar" fand nur auf deutschnationaler Seite ein offenes Bekenntnis des Bedauerns. Man ging aber nicht mehr so weit, daraus einfach den Schluß zu ziehen, auf der Weimarer Grundlage nicht mitarbeiten zu können, weil dadurch Parteiprinzipien verletzt würden, sondern die Deutschnationale Fraktion des sächsischen Landtages ließ besonders betonen, daß sie die Reichsverfassung als geltendes verbindliches Recht respektiere. Die Fraktion sei nur der Meinung, daß in der Verfassung eine Ueberspannung des demokratischen Gedankens vorliege.

Auf diese Anschauung gründete auch die Deutsche Volkspartei in der Hauptsache ihr Urteil über die Verfassungsvorlage. Ihr Sprecher Oberbürgermeister Blüher legte großen Wert auf die Feststellung, daß die in der sächsischen Verfassung besonders scharf herausgearbeitete Souveränität des Landtages nicht das wünschenswerte Ziel sein könne. Es komme vielmehr auf eine genügende Stärke und Stärkung der Regierung an. Um diese Absicht zu erreichen, sei in Preußen der Staatsrat geschaffen worden, dem gewisse Einspruchsrechte gegen Beschlüsse des Parlaments zustehen. Eine Schwächung der Regierung dagegen würden die von sozialistischer Seite gewünschten politischen Beiräte der Minister sein, weil dadurch eine Nebenregierung geschaffen und auch die Exekutive geschwächt würde. Mit dem Wunsche nach politischen Beiräten blieben überhaupt die Mehrheitssozialisten allein, denn auch den Unabhängigen erschien dieses Kontrollorgan als überflüssig, weil sie als solches nur die Partei als Ganzes anerkennen wollen. Um wenigstens etwas zu retten, wurde von der Fraktion der Deutschen Volkspartei versucht, dem „Landeswirtschaftsrat" in der neuen Verfassung zu verankern, dem alle sozialpolitischen und wirtschaftspolitischen Gesetzentwürfe zur Begutachtung vorzulegen seien. Der Plan gelang aber ebensowenig, wie seinerzeit von andrer Seite die Verankerung des Rätesystems in der Reichsverfassung. Die Mehrheitssozialisten gründeten sich aufs entschiedenste gegen eine Aufnahme des Landeswirtschaftsrates in den Wortlaut der Verfassung, und die Unabhängigen bekämpften die Einrichtung überhaupt, weil sie die Neuerrichtung einer Ersten Kammer befürchteten, während die Demokraten sich dem Antrage geneigt zeigten.

Abweisend aber verhielten sich die Demokraten allen Wünschen gegenüber, die dem Gesamtministerium das Recht zur Auflösung der Kammer verleihen wollten. Sie erblickten hierin eine Herabminderung des Wertes des demokratischen Grundgedankens der Selbstverwaltung eines freien Volkes. In erster Linie kann nur das Parlament selbst seine Auflösung beschließen, was unter den gegebenen Gesichtspunkten als selbstverständlich erscheint, denn aber kann auch ein Volksbegehren oder ein auf Antrag des Gesamtministeriums herbeigeführter Volksentscheid über die Auflösung entscheiden.

Man sieht: Will das Volk sich der ihm verliehenen weitgehenden neuen Selbstbestimmungsrechte als würdig erweisen, so kann es nicht diktatorische Vollmachten seiner erwählten Männer wünschen, sondern es muß selbst danach trachten und handeln, daß es die höchste Verantwortung selbst trägt. Ueber diesem Zeichen steht die neue sächsische Verfassung. Die bevorstehende Landtagswahl soll es erkennen lassen.

Zur Reichstagstagung

zg. **Berlin, 27. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)** Die große politische Aussprache im Reichstage, die heute beginnt, soll bis Sonnabend andauern. Nach dem Ergebnis der gestern stattgefundenen Fraktionssitzungen liegen im Anschluß an die politische Debatte eine Reihe Anträge und Anfragen von fast allen Parteien vor. Von großer Bedeutung ist die Absicht des linken Flügels der Unabhängigen, zur Unterstützung ihrer scharfen Angriffe auf die Regierung wegen der Ausweisung der Russen aus Deutschland die Berliner Arbeitslosen und die radikale Arbeiterschaft zu Demonstrationen am Reichstag aufzurufen.

Die Kosten für die Reichswehr

Berlin, 27. Oktober. Die Gesamtkosten für die Reichswehr betragen nach den Vorlagen an den Reichstag insgesamt 6 Milliarden Mark. Der Soldat kostete vor dem Kriege durchschnittlich 700 M. im Jahre. Der Söldner von jetzt 12 170 M. Die Ausgaben für einen Soldaten einschließlich aller Verwaltungskosten sind von 1200 M. vor dem Kriege auf 24 600 M. gestiegen. Bei der Marine wird hervorgehoben, daß das gesamte Schiffspersonal, Offiziere, Beamte und Mannschaften, durchweg Schiffsverpflegung erhält und daß alle früher gewährten Hafen- und Wechselder fortgefallen sind.

SLUB Wir führen Wissen. http://digital.slub-dresden.de/id490223001-19201028/1